Protokoll über die Sitzung Betriebsausschuss Technische Betriebe Wilhelmshaven der Stadt Wilhelmshaven am Freitag, 7. Februar 2025, 09:00 Uhr, Sitzungszimmer TBW - Gebäude A - 1. Etage - Zi.-Nr. 1.00 , Nr. 2/2025

Anwesend:

Mitglied SPD-Fraktion
Ausschussmitglied Manuel Baruschke (fehlte entschuldigt)
Ausschussmitglied Birgit Holtz
Ausschussmitglied Norbert Peter Brandt
Vertreter Marvin Hager

Mitglied CDU-Fraktion
Ausschussmitglied Anja Mandt (ab 10:48 Uhr)
Ausschussmitglied Thomas Suberg
Ausschussmitglied Astrid Zaage (bis 11:33 Uhr)

Mitglied Gruppe WIN@WBV, Berner, FDP, FW
Stellv. Ausschussvorsitzender Stefan Becker
Ausschussmitglied Olaf Fischer (fehlte entschuldigt)
Vertreter Dr. Günther Schulte

Mitglied Gruppe "Gemeinsam BUNT"
Ausschussmitglied Horst Dieter Walzner
Ausschussmitglied Walther Schäfer (fehlte entschuldigt)
Vertreterin Helga Weinstock

Mitglied AfD-Fraktion
Ausschussvorsitzender Thorsten Moriße

Bedienstetenvertreter/in
Werner Bolinius
Günter Friedrichs
Linda Stehle (fehlte entschuldigt)

Seniorenvertretung
beratendes Mitglied Marion Reiners

Externer Vertreter
Norbert Weinberg

Verwaltung
Dezernent Stadtbaurat Nikša Marušić (fehlte entschuldigt)
Techn. Betriebsleiter Tim Menke
Stellv. Techn. Betriebsleiterin Maike Schun
Kfm. Betriebsleiter Holger Kullik
Protokollführerin Anja Gutknecht
Abteilungsleitung Abfallwirtschaft Thomas Wolanski
Abteilungsleitung Kaufmännische Abteilung / Finanzen / Controlling Iskender Evin
Abteilungsleitung Stadtgrün und Friedhöfe Stefan Pallaske
Abteilungsleiter Straßen Brücken, Verkehrseinrichtungen Bernd Eickhoff
Sachbearbeiterin Friedhofsverwaltung Martina Hartmann
FB Umwelt- und Klimaschutz Herr Ingmar Rickleffs

A Öffentlicher Teil

Tagesordnung:

1	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie Beschlussfähigkeit	
2	Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 10.01.2025	
3	Beschluss über die Tagesordnung	
4	Vorlagen an den Rat	
4.1	Antrag SPD-Fraktion: Maade Rad- und Wanderweg	**509/2025**
4.2	Antrag der SPD-Fraktion: Vorhandenen Raum nutzen: Pavillon in einen Abschiedsraum umwandeln	**575/2024**
4.3	Antrag der SPD-Fraktion: Radschnellweg zwischen Roffhausen und Wilhelmshaven	**576/2024**
4.4	Änderung der Parkgebührenverordnung	**18/2025**
4.5	Optimierung Parkraumbewirtschaftung – Digitales Parkraummanagement mit Kennzeichenerfassung	**19/2025**
5	Mitteilungen und Anfragen	
5.1	Vorstellung zur Parkgebührenentwicklung	
5.2	Anfrage der AfD: Einrichtung eines Parkverbots auf der rechten Seite der Wilhelm-Krüger-Straße/Ecke Werftstraße bis Jadelehstraße	
5.3	Anfrage der AfD: Prüfauftrag für Überwachungskameras an Wertstoffsammelplätzen in auffälligen Brennpunkten	
5.4	Anfrage der AfD: Einrichtung eines Behindertenparkplatzes am Hessener Weg bei den Gartenanlagen - öffentlicher Parkplatz	
5.5	Informationen zu Anfragen aus den letzten Sitzungen	

1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung sowie Beschlussfähigkeit

Der Ausschussvorsitzende **Herr Moriße** eröffnete die Sitzung und stellte die ordnungsgemäße Einladung sowie Beschlussfähigkeit fest.

2 Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 10.01.2025

Der Genehmigung der Niederschrift über den öffentlichen Teil der Sitzung des Betriebsausschusses Technische Betriebe Wilhelmshaven vom 10.01.2025 wurde mit **10 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung einstimmig zugestimmt**.

Herr Dr. Schulte nahm um 10:05 Uhr als Vertreter für das Ausschussmitglied Olaf Fischer teil.

3 Beschluss über die Tagesordnung

Der Tagesordnung wurde in vorliegender Form mit **11 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **0 x Enthaltung einstimmig zugestimmt**.

Vor Beginn der Ausschusssitzung richtete **Herr Moriße** das Wort an **Herrn Wolanski** und bedankte sich im Namen des Ausschusses für die 34-jährige Tätigkeit bei der Stadt Wilhelmshaven. Mit viel Engagement und dem unermüdlichen Einsatz war **Herr Wolanski** zuletzt als Geschäftsführer der WEL GmbH und Abteilungsleiter der Abfallwirtschaft tätig. **Herr Moriße** wünschte **Herrn Wolanski** im Namen des Ausschusses alles Gute für die weitere Zukunft.

Herr Wolanski bedankte sich für die anerkennenden Worte und Glückwünsche und ebenfalls für die stets vertrauensvolle Zusammenarbeit. **Herr Wolanski** hob besondere Ereignisse hervor, darunter die Planung und den Bau sowie den Betrieb des Entsorgungszentrums Wilhelmshaven, die Überleitung der Abfallwirtschaft in die Wilhelmshavener Entsorgungszentrum und Logistik GmbH und letztlich seine über 13 Jahre andauernde Tätigkeit als Geschäftsführer der Gesellschaft.

4 Vorlagen an den Rat

4.1 Antrag SPD-Fraktion: Maade Rad- und Wanderweg **509/2025**

Frau Holtz trug den Antrag vor.

Herr Brandt betonte, dass die Planungen mittlerweile seit 30 Jahren bestehen und bereits in verschiedenen Ausschüssen präsentiert wurden. Aufgrund der erheblichen zeitlichen Verzögerung seien die Bewohner von Rüstersiel berechtigt, dass die Planungen nun abgeschlossen und der Ausbau endlich durchgeführt werden. Die beantragten Gelder seien auch für die Auseinandersetzung mit der Deichbehörde vorgesehen.

Frau Zaage wandte ein, dass der Antrag kürzlich im UKLB besprochen wurde und es dort diverse Fragen zum genauen Standort gab. Eine Anlage zum Antrag der SPD fehlte. Ein umfangreiches Gutachten wurde seinerzeit erstellt, dem jedoch im Anschluss vom 3. Oldenburgischen Deichband für den Fahrradweg nicht zugestimmt wurde.

Herr Brandt berief sich darauf, dass die Antworten im Touristik- und Freizeitkonzept zu finden seien – hier ist der Plan des Maade Rad- und Wanderwegs genauestens erfasst, einschließlich der Pläne für die vierjährige Bauzeit.

Frau Zaage bestätigte die Darstellung im Konzept, jedoch ginge aus dem Antrag nicht hervor, um welches Stück des Rad- und Wanderweg es sich handelt.

Herr Brandt beharrte darauf, dass Nachverhandlungen geführt werden müssen. Bei Ablehnung durch das Gutachten einer externen Behörde, muss weiterverhandelt und Umplanungen vorgenommen werden.

Herr Menke ergänzte, dass das Projekt im Wirtschaftsplan 2022 – 2024 eingestellt

war und hier noch Restmittel zur Verfügung stehen, sodass die Planung dieses Jahr noch weitergeführt werden kann.

Herr Hager trug hierzu bei, dass **Herr Marušić** im Umweltausschuss nicht ausgeschlossen hatte, dass eine Umsetzung möglich sei, sondern lediglich die damaligen Planungen.

Frau Schun erklärte, dass ursprünglich Fördermittel für das Projekt eingeplant waren, diese jedoch nicht zur Verfügung stehen. Daher müssten die Kosten vollständig von der Stadt getragen werden. Zudem wurde der Plan vorerst nicht weiterverfolgt, da zunächst die Sanierung der Maadeklappbrücke erforderlich ist, wodurch die gesamte Strecke erneut gesperrt und unbenutzbar wäre.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Suberg**, **Brandt** und **Frau Zaage**.

Herr Suberg zeigte Verständnis für das Engagement der SPD für die Bürger*innen von Rüstersiel und appellierte daran, der Expertise der Fachkräfte zu vertrauen und einen durch ein Gutachten abgelehnten Antrag zu akzeptieren. Er betonte, dass es politischen Mut erfordere, den Forderungen der Bürger nicht nachkommen zu können.

Herr Walzner stimmte den Vorrednern **Frau Zaage** und **Herrn Suberg** zu. Er bestätigte, dass die Planungen über die Jahre hinweg immer wieder aus Kostengründen verschoben wurden und betonte, dass stattdessen die stark frequentierten Radwege dringend Instand gesetzt werden müssen.

Frau Weinstock gab **Herrn Walzner** und **Herrn Suberg** Recht. Dringende Investitionen bedürfen derzeit die Schulen und insbesondere deren Brandschutz.

Herr Schulze stimmte ebenfalls dem bisher Gesagten zu und sprach sich gegen den Antrag der SPD aus.

Der **Beschlussvorlage** wurde mit **4 x Ja**-Stimmen, **6 x Nein**-Stimmen und **2 x Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.**

Beschluss: **-mehrheitlich abgelehnt-**

Beschluss:
Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt, den Maade Rad- und Wanderweg in den Wirtschaftsplan TBW2025 aufzunehmen. Veranschlagt werden sollen für Planungs- und ggf. Rodungskosten 10.000 Euro bis 20.000 Euro. Ferner sollen im Wirtschaftsplan 2026 für das Gesamtprojekt die entsprechenden Gelder für die weiteren Arbeiten eingestellt werden.

Begründung:
Seit einigen Jahrzehnten wird dieses Vorhaben thematisiert. Wir

stehen bei der Rüstersieler Bevölkerung im Wort, uns des Themas so lange anzunehmen bis entsprechende Maßnahmen nicht nur geplant, sondern auch durchgeführt werden.

4.2 Antrag der SPD-Fraktion: Vorhandenen Raum nutzen: Pavillon in einen Abschiedsraum umwandeln **575/2024**

Herr Hager trug den Antrag vor.

Frau Weinstock sprach sich gegen die Umwandlung des Pavillons und die Einrichtung eines zusätzlichen Andachtsraums aus.

Herr Hager merkte an, dass die neue Kapelle nicht im Besitz der Stadt ist und daher keine Einnahmen für die Stadt generiert werden können.

Herr Becker bat um Einschätzung seitens der TBW.

Frau Hartmann führte ausführlich in das Thema ein.

Herr Walzner hinterfragte die Sinnhaftigkeit der aktuellen Nutzung des Pavillons. Er betonte, dass jeder Bestatter die dort bereitgestellten Informationen und Broschüren zu allen Beerdigungsformen ebenfalls hat und sachgenau zum jeweiligen Thema berät. Abschiedsfeiern finden ebenso beim Bestatter in deren Trauerräumen oder im jeweiligen Umfeld statt.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich **Frau Zaage**, **Frau Hartmann** und **Herrn Walzner**.

Frau Holtz empfahl, sich frühzeitig mit der Planung der eigenen Bestattung auseinanderzusetzen, einschließlich der Wahl der Bestattungsart und der Festlegung des Kostenrahmens.

Herr Kullik verließ die Sitzung von 10:32 Uhr bis 10:36 Uhr.

Herr Walzner betonte, dass der Bestatter ebenfalls ausführlich über die verschiedenen Bestattungsformen wie Urne-, Erd- oder Seebestattung informiert.

Frau Hartmann entgegnete, dass eine umfassende Beratung und Information zu den verschiedenen Bestattungsformen, einschließlich Seebestattung und Friedwälder, stattfindet. Sie wies zudem auf die Erinnerungsstätte Seefrieden hin, die großen Zuspruch von den Hinterbliebenen erhält.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Becker** und **Walzner** sowie **Frau Zaage**.

Der **Antrag** wurde mit **3 x Ja**-Stimmen, **8 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung mehrheitlich abgelehnt.**

Beschluss: **-mehrheitlich abgelehnt-**

Beschluss:
Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt,

1. Der Pavillon auf dem Friedhof Friedenstraße wird in einen Abschiedsraum umgewandelt.
2. Die Technischen Betriebe werden angewiesen, die räumliche Struktur hierfür zu schaffen und die erforderlichen Maßnahmen einzuleiten.
3. Ferner wird die Verwaltung angewiesen, die Friedhofsgebührenordnung anzupassen und den neuen Abschiedsraum aufzunehmen.

Begründung:
Der Pavillon auf dem Friedhof Friedenstraße ist weitestgehend ungenutzt: Im Fenster hängen Poster mit Infos über den Friedhof und die Friedhofskultur in Deutschland, im Winter wärmen sich Sargträger vor ihrem Einsatz in dem Gebäude auf. Für diese nicht-Nutzung ist das Gebäude aber nicht gebaut worden. Aus Sicht der SPD-Fraktion ist es sinnvoll, das Gebäude endlich in seiner gesamten Größe zu nutzen und aus dem Bau eine Trauerhalle zu machen, um kleineren Trauergemeinden den Abschied von ihrem verstorbenen zu ermöglichen. Dafür müssen lediglich noch Stühle, Lamellen oder Vorhänge und ein Rednerpult beschaffen werden. Vor dem Hintergrund der Schließung der alten Kapelle für Renovierungszwecke ist es zudem geboten, dass die Stadt eine alternative kommunale Möglichkeit auf dem Friedhof Friedenstraße schafft.

4.3 Antrag der SPD-Fraktion: Radschnellweg zwischen Roffhausen und Wilhelmshaven **576/2024**

Herr Hager führte in das Thema ein und stellte anschließend einen **Geschäftsordnungsantrag** auf Vertagung.

Herr Brandt bat um Prüfung bzgl. der Terminlegung der UKLB und BTBW für März.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Hager** und **Brand** sowie **Frau Schun.**

Frau Zaage erklärte, dass es keinen Anlass für diesen Antrag gibt, da ein Radschnellweg für diese Strecke nicht infrage kommt. Ebenso müsste die Strecke täglich von mindestens 2000 Radfahrern genutzt werden, was derzeit nicht der Fall ist. Es handele sich vielmehr um eine Radvorrangroute, die lediglich eine Breite von 3,5 Metern aufweisen muss und keine weiteren Einschränkungen hat. **Frau Zaage** empfahl, den gesamten Antrag zurückzuziehen und neu einzureichen, sobald das

Radwegekonzept vorliegt.
Dem **Geschäftsordnungsantrag** auf Vertagung wurde **10 x Ja**-Stimmen, **2 x Nein**-Stimmen und **0 x Enthaltung einstimmig zugestimmt**.

Beschluss: **-vertagt-**

Beschluss:
Der Rat der Stadt Wilhelmshaven beschließt: Die Verwaltung wird beauftragt:

1. Mögliche Routen eines Radschnellwegs zwischen Wilhelmshaven (Maadetal) und Roffhausen zu identifizieren.
2. Mit dem Landkreis Friesland die mögliche Umsetzung eines solchen Projektes abzuklären.
3. Beim Bundesamt für Logistik und Mobilität einen Förderantrag für das Förderprogramm „Innovative Projekte zur Verbesserung des Radverkehrs in Deutschland“ zu stellen.

Begründung:
Roffhausen ist mit dem ehemaligen Olympia-Werk Standort verschiedener Unternehmen und damit ein großer Arbeitsplatz zwischen Wilhelmshaven und Friesland. Pendler müssen derzeit noch auf den ÖPNV oder den eigenen PKW zurückgreifen. Mit dem Bau der Radfahrbrücke an der Hooksieler Landstraße und der damit verbundenen Anbindung des Maadetals an den Radweg Potenburg/Kirchreihe wäre ein Ausbau der Verbindung in Richtung Roffhausen nun der nächste Schritt. Das Förderprogramm „Innovative Projekte zur Verbesserung des Radverkehrs in Deutschland“ unterstützt finanzschwache Kommunen mit einer Förderung von bis zu 90% der zuwendungsfähigen Ausgaben bei investiven Maßnahmen

4.4 Änderung der Parkgebührenverordnung **18/2025**

Herr Evin führte in das Thema anhand einer Präsentation ein.

Herr Becker betonte, dass die Parkgebühren drastisch erhöht wurden. Das Ziel sei nicht, die Erhöhungen zu korrigieren, sondern diese zurückzunehmen.

Frau Zaage fragte, ob die Auswertung der Parkzeiten auch die genauen Uhrzeiten umfasst, da die Aufhebung der Parkgebühren insbesondere den Zeitraum ab 17:00 Uhr betreffen würde.

Herr Evin erklärte, dass die Technik der Parkscheinautomaten eine solche Datenauswertung nicht ermöglicht. Auch beim Anbieter Smart Parking sei dies nicht möglich.

Im Gegensatz dazu argumentierte **Frau Zaage,** dass eine solche Auswertung beim Anbieter EasyPark durchaus möglich sei.

Frau Mandt nahm um 10:48 Uhr an der Sitzung teil.

Herr Evin erklärte, dass er prüfen lassen möchte, ob eine solche Auswertung möglich ist, da dies eine große Unterstützung darstellen würde.

Frau Schun stellte klar, dass es eine Vermischung mit Tagesordnungspunkt 5.1 gibt, da die Präsentation die Entwicklung der Parkgebühren darstellt.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Becker, Schulze** und **Frau Schun.**

Herr Schulze äußerte, dass es nicht ausschließlich um die Einnahmen für die TBW gehen dürfe, sondern ebenso um die Gewerbeeinnahmen, die durch das Parken ab 17:00 Uhr generiert werden.

Als Datei wurde die „Parkgebührenverordnung Februar" hinterlegt.

Der **Beschlussvorlage** wurde mit **11 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **1 x Enthaltung einstimmig zugestimmt.**

Beschluss: **-einstimmig zugestimmt-**

Der Rat beschließt die anliegende Parkraumgebührenverordnung.

4.5 Optimierung Parkraumbewirtschaftung – Digitales Parkraummanagement mit Kennzeichenerfassung **19/2025**

Frau Schun stellte das Thema vor.

Herr Eickhoff führte anhand einer Präsentation ausführlich in das Thema ein.

Frau Schun ergänzte, dass die ansässigen Hotels mit entsprechender Technik ausgestattet werden, z. B. IPad, die es ihnen ermöglicht, Freiparker zu benennen, wie zum Beispiel Hotelgäste oder private Stellplätze.

Herr Bolinius erkundigte sich danach, was mit den städtischen Fahrzeugen geschehe, die Arbeiten auf den Grundstücken ausführen.

Frau Schun informierte dazu, dass Kennzeichen angegeben werden können, die zwar erfasst werden, jedoch ohne die Ausstellung eines Tickets passieren können.

Frau Zaage erkundigte sich, ob dies auch für Ratsmitglieder möglich ist.

Herr Eickhoff erklärte in diesem Zusammenhang, dass die Modalitäten noch im Detail erörtert und ausgearbeitet werden müssen.

An der folgenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Becker, Moriße, Brandt, Hager** und **Frau Weinstock**.

Frau Schun ergänzte, dass es bei den Anbietern verschiedene Modelle gibt und ein Wettbewerb wünschenswert sei. Eine Bindung der Laufzeit von 5 bis 10 Jahren ist ebenso nicht unüblich und sei unkritisch.

Frau Weinstock schlug vor, den Parkautomaten unterhalb des Fliegerdeichs aufzustellen, dadurch erübrigt sich auch die Einholung der Genehmigung der Deichbehörde, da hier bereits Stromleitungen verlegt seien und diese mitbenutzt werden könnten.

Herr Eickhoff merkte an, dass der Parkscheinautomat für die Bürger gut sichtbar sein muss, damit diese genau wissen, wo sie bezahlen müssen. Dies ist beim Standort unten am Fliegerdeich nicht gegeben.

Herr Rickleffs informierte in diesem Zusammenhang, dass die Standorte der Automaten in den betroffenen Parkflächen und Straßensystemen deichrechtlich keine Probleme bereiten. Es gibt jedoch keine Genehmigung für erdverlegte Stromleitungen, da diese im Hauptdeichkörper deichrechtlich nicht genehmigungsfähig sind. Stellungnahmen vom NLWKN und dem 3. Oldenburgischen Deichbrand wurden angefordert und belegen dies.

Frau Schun erkundigte sich, ob das Stromnetz des Hotel Fliegerdeich mit genutzt werden kann.

An der weiteren Diskussion beteiligten sich die **Herren Rickleffs** und **Eickhoff**, sowie **Frau Schun** und **Frau Weinstock**.

Herr Hager begrüßte diesen Vorschlag ausdrücklich. Im Hinblick auf die Poserszene, die den Fliegerdeich zu allen Tages- und Nachtzeiten befährt, sah er in diesem Vorschlag eine geeignete Lösung.

Herr Walzner verlangte Auskunft über die Übernahme der Kosten für die Verlegung der Stromkabel und der anfallenden laufenden Kosten.

Herr Eickhoff führte aus, dass die ausführenden Arbeiten für den Stromanschluss sowie die Stromkosten zu Lasten der TBW gehen.

Frau Weinstock befürwortete die Aussage von **Herrn Hager** und unterstützt diese ausdrücklich.

Frau Zaage wandte ein, dass sie eine Einigung mit dem Oldenburgischen Deichband für ausgeschlossen hält. Es wäre stattdessen zu überprüfen, ob die Ein- und Ausfahrt bei den Windwächtern installiert werden kann.

Herr Menke verwies darauf, dass die Verwaltung für diesen Beschlussvorschlag die Zustimmung des Rates einholen möchte, um die digitale Parkraumbewirtschaftung mittels Kennzeichenerfassung am Südstrand und auf verschiedenen Parkplätzen einzuführen. Die Verwaltung sei der Auffassung, dass dieses System die Stadt Wilhelmshaven in der Digitalisierung der Parkraumwirtschaft erheblich voranbringen wird.

Herr Becker erkundigte sich nach der Datenschutzverordnung.

Herr Eickhoff erklärte, dass die Daten nach Bezahlung des Parkvorgangs nach 48 Stunden gelöscht werden. Bei Nichtzahlung verbleiben die Daten bis zum Abschluss des Zahlvorgangs beim Betreiber.

Herr Becker erinnerte an den Ratsbeschluss, dass der Südstrand regelmäßig vom Ordnungsdienst begangen und kontrolliert werden muss. Zudem erkundigte er sich, wann der Schotterparkplatz entsprechend hergerichtet wird, da die Parkgebühren ebenso hoch sind wie bei den gepflasterten Parkplätzen.

Herr Eickhoff erläuterte, dass die Kolleg*innen der Verkehrskommission versicherten, dass der Südstrand auch während der Nachtstunden überwacht und befahren wird.

Frau Holtz sprach sich ebenfalls für den Antrag aus, merkte jedoch an, dass sie die Karenzzeit von 10-15 Minuten für zu lang hält. Sie schlug vor, eine digitale Anzeige bei den Windwächtern zu installieren, die die Anzahl der freien Parkplätze anzeigt. Zudem bestätigte sie, dass das Ordnungsamt seiner Kontrollpflicht auf dem Fliegerdeich nicht nachkommt.

Herr Eickhoff führte aus, dass die Installation einer digitalen Anzeige technisch umsetzbar sei, jedoch zu einer weiteren Verlegung von Stromkabeln führen würde.

Herr Suberg betonte, dass es sich hierbei um einen Vorschlag für die digitale Parkraumüberwachung handelt, bei dem nicht die Lösungssuche im Vordergrund steht.

Herr Menke erläuterte, dass es sich um einen Arbeitsauftrag an die Verwaltung handelt, diesen Vorschlag umzusetzen. Sollten dabei technische oder genehmigungsrechtliche Probleme auftreten, würde der Rat entsprechend informiert werden.

Herr Hager bat um weitere Informationen zur Abrechnung durch den externen Parkraumbewirtschafter bei öffentlichen Veranstaltungen wie dem Wochenende an der Jade.

Herr Eickhoff antwortete, dass es die Möglichkeit gibt, diese Ausnahmeregelungen über vertragliche Klauseln auszusetzen.

An der Diskussion beteiligten sich die **Herren Becker, Hager, Eickhoff, Brand** sowie **Frau Holtz**, **Frau Mandt** und **Frau Schun**.

Frau Weinstock bestätigte die Äußerung von **Frau Holtz** bzgl. der Poserszene. Lediglich das Meldeverhalten zum Ordnungsamt wurde eingestellt seitens der Bewohner*innen.

Der **Beschlussvorlage** wurde mit **12 x Ja**-Stimmen, **0 x Nein**-Stimmen und **0 x Enthaltung einstimmig zugestimmt.**

Beschluss: **-einstimmig zugestimmt-**

Der Rat beauftragt die Verwaltung mit der Einführung des digitalen Parkraummanagements mittels Kennzeichenerfassen auf den Parkplätzen Fliegerdeich, Südstrandstraße (KW Brücke) und Südstrandstraße (Aquarium).

Pause 11:33 – 11:50 Uhr

Frau Hartmann verließ die Sitzung um 11:33 Uhr
Frau Zaage verließ die Sitzung um 11:33 Uhr
Herr Pallaske verließ die Sitzung um 11:33 Uhr
Herr Rickleffs verließ die Sitzung um 11:33 Uhr

5 Mitteilungen und Anfragen

5.1 Vorstellung zur Parkgebührenentwicklung

Frau Schun verwies darauf, dass der Tagesordnungspunkt wie angekündigt bereits unter Punkt 4.4 behandelt wurde.

Die Datei „Parkgebührenentwicklung nach Gebührenerhöhung" wird dem Rat zur Verfügung gestellt.

5.2 Anfrage der AfD: Einrichtung eines Parkverbots auf der rechten Seite der Wilhelm-Krüger-Straße/Ecke Werftstraße bis Jadelehstraße

Herr Moriße trug die Anfrage vor.

Herr Eickhoff informierte, dass an dieser Straße bereits ein Hinweisschild mit einem eingeschränkten Halteverbot angebracht ist, welches den Verkehrsteilnehmern erlaubt, dort für maximal 3 Minuten zum Be- und Entladen zu halten. Ein absolutes Halteverbot hätte den Nachteil, dass dort überhaupt nicht mehr gehalten werden darf. Daher rät Herr Eickhoff, das Ordnungsamt hinzuzuziehen, um das Falschparken zu ahnden.

Herr Becker nahm um 11:52 Uhr an der Sitzung teil

An der folgenden Diskussion beteiligten sich **Herr Brand** und **Herr Moriße**.

Herr Moriße übergab den Vorsitz an Herrn Becker.

5.3 Anfrage der AfD: Prüfauftrag für Überwachungskameras an Wertstoffsammelplätzen in auffälligen Brennpunkten

Herr Moriße trug die Anfrage vor und stellte einen Prüfauftrag.

Herr Wolanski informierte, dass eine Videoüberwachung von Wertstoffsammelplätzen durch die Kommune aus datenschutzrechtlichen Gründen nicht erlaubt ist.

An der darauffolgenden Diskussion beteiligten sich die **Herren Becker, Moriße**, **Brandt** und **Frau Mandt.**

5.4 Anfrage der AfD: Einrichtung eines Behindertenparkplatzes am Hessener Weg bei den Gartenanlagen - öffentlicher Parkplatz

Herr Moriße trug die Anfrage vor und erkundigte sich vorab, ob es sich hierbei um einen öffentlichen Parkplatz handelt.

Herr Eickhoff legte dar, dass der Parkplatz zur Kleingartenanlage DGS gehört. Die Einrichtung zweier Behindertenstellplätze kann unproblematisch umgesetzt werden.

Frau Mandt rät, vor Beginn etwaiger Arbeiten, Kontakt zum Kleingartenverein aufzunehmen.

Herr Becker übergab den Vorsitz an Herrn Moriße.

5.5 Informationen zu Anfragen aus den letzten Sitzungen

Frau Schun beantwortete die Fragen zu folgenden Themen:

- Rathausumfeld zur Zone 30 machen
  Eine 30er Zone wurde im Bereiche rund um den Rathausplatz, Paul-Hug-Str., Postgang, Rathausplatz und Mitscherlichstraße eingerichtet.

- Neue Radwege, Aufnahme in die Touristik-Route
  Herr Terhardt befährt regelmäßig die Touristik-Routen und setzt sich mit uns in Verbindung (Mängelbericht usw. Anfang eines jeden Jahres). In Absprache mit der WTF wird dann der Einbezug neuer Radwege in die bestehende Route besprochen bzw. umgesetzt.

- Wann werden die Bushaltestellen in Fedderwarden umgebaut? Nur dann gibt es wohl die Möglichkeit Wartehäuschen hinzusetzen.

Für das Jahr 2025 und 2026 sind keine barrierefreie Herstellung von Bushaltestellen in Fedderwarden geplant.

Frau Mandt wies darauf hin, dass die Installation der Wartehallen erst nach einem barrierefreien Ausbau der Fläche möglich ist, da die derzeitige Fläche nicht ausreicht. Ein solcher Ausbau stellt eine notwendige Voraussetzung dar, um die Errichtung der Wartehallen zu ermöglichen. Auf Wunsch wird **Frau Schun** wird eine Vor-Ort-Begehung veranlassen.

- Markierung Radweg Posener Straße/Preußenstraße
  Eine Begehung hat stattgefunden – die Änderungen werden durchgeführt, sobald es die Witterungsverhältnisse zulassen.

- Goethestraße nördlich der Peterstr. Beschilderung bzw. Markierung fehlt – Malereifirma Einfahrt wird zugeparkt
  Die Zufahrt ist durch eine Bordsteinabsenkung gekennzeichnet, theoretisch sind Parkverstöße durch die Ordnungskräfte zu ahnden. Zusätzlich kann für das Frühjahr 2025 eine Markierung beauftragt werden.

- Störtebecker Straße in Richtung Siebethsburger Straße schlechte Einsehbarkeit – 1-2 Parkplätze aufgeben für bessere Sicht aufgeben
  Die Sperrflächen wurden eingerichtet und sind markiert.

- Grenzstein Sengwarden/Sillenstede
  Klärung Steinsanierung erfolgt über Frau Dr. Dujaković (Steinmetz über 01).

  Es wurde festgestellt, dass sich der Grenzstein außerhalb des Stadtgebietes von Wilhelmshaven befindet. **Herr Eickhoff** erläuterte anhand eines Fotos die aktuelle Position des Grenzsteins und sicherte zu, dass die Pflasterarbeiten rund um den Grenzstein wiederhergestellt werden.

- Fahrradbügel vor der alten Post am Rathaus bitte prüfen u. a. für Marktbesucher
  Es wurden 5 Fahrradbügel installiert und je nach Nachfrage werden weitere Bügel aufgestellt.

- Hinweis Vorstellung Preußenstraße aus dem BTBW vom 08.11.2024
  Frau Schun wies darauf hin, dass es Überlegungen gibt, wie perspektivisch mit den Bäumen, den Baumwurzeln und der daraus resultierenden Beeinträchtigung der Verkehrssicherheit der Gehwege umgegangen werden soll.
  Die Umgestaltung des Fahrradweges in den Straßenverkehr wird langfristig und in Zusammenarbeit mit der Stadtplanung sachlich, strukturiert und umfassend betrachtet und geplant. Es wird seitens der TBW keine übereilten Maßnahmen geben. Die Präsentation stellt einen Vorschlag dar, wie mit den Gegebenheiten vor Ort umgegangen werden kann.
  Frau Reiners brachte zum Ausdruck, dass viele Bürger*innen Sorge vor den Plänen zur Verlegung des Fahrradweges auf die Straße haben und sprach

sich erneut entschieden gegen diese aus. Darüber hinaus erinnerte **Frau Reiners** daran, dass der Bürgerverein zur Verschönerung der Preußenstraße angeboten hatte, fünf Baumpatenschaften für die noch freien Baumscheibenbeete zu übernehmen.

Frau Schun informierte, dass die Pflanzung der Bäume in der aktuellen Ausschreibung enthalten sind.

An der Diskussion beteiligten sich **Frau Reiners**, **Frau Schun**, **Frau Mandt** und **Herr Kullik.**

Herr Bolinius sicherte eine Zwischenlösung in Form von Pflanzungen der Baumscheibenbeete zu.

Ende des öffentlichen Teils 12:38 Uhr

gez. Schun	**gez. Moriße**	**gez. Gutknecht**
Techn. Betriebleitung, ständ. Vertretung	Vorsitzende/r	Protokollführer/in